

**Sabrina Bundi**

Wäre die Schule nach den Vorstellungen der SVP gestaltet, wäre sie wieder wie früher. Die Kinder würden sich aufs Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrieren. Sie würden Gedichte auswendig lernen, Diktate schreiben, das kleine und grosse Einmaleins beherrschen. Und: Die Kinder würden bei Schuleintritt alle in einer Landessprache reden können, sie hätten nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule, sie hätten weniger Gspänli mit besonderem Förderbedarf in der Klasse und auch weniger Mitschülerinnen und Mitschüler mit Migrationshintergrund.

So sehen die wichtigsten Punkte aus dem kürzlich vorgestellten SVP-Positionspapier zur Bildung aus. Zusätzlich zum Papier hat die Partei nun Mustervorstösse ausgearbeitet, die sie ihren kantonalen Sektionen übergibt, damit diese dort in den Kantonsparlamenten eingereicht werden können. Sie liegen der SonntagsZeitung vor. Um zu prüfen, wie praktikabel eine Schule nach SVP-Vorstellung ist, nehmen Pädagoginnen und Pädagogen zentrale Punkte aus dem Bildungspapier unter die Lupe.

— **Obergrenze für Migrationskinder pro Klasse: «Unmöglich»**  
Die SVP schreibt: Zu viele ausländische Kinder in der Klasse würden die Leistungen aller Schülerinnen und Schüler verschlechtern. Deshalb fordert die Partei, eine Obergrenze von 30 Prozent für den Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler pro Klasse festzulegen.

«Dieser Vorstoss ist nicht umsetzbar», sagt Beat A. Schwendimann, Leiter Pädagogik des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH). Aus dem praktischen Grund: «Wo würden dann diese überzähligen Schülerinnen und Schülern zur Schule gehen? Man kann sie nicht einfach auf andere Gemeinden verteilen, die zu weit vom Wohnort entfernt sind.»

Ausländische Schülerinnen und Schüler sind sehr ungleich auf die Schulen verteilt. Im Schuljahr 2020/21 lag an den meisten Schulen der Anteil ausländischer Kinder unter einem Drittel. Nur 16 Prozent aller Schweizer Schulen hatten einen Ausländeranteil von mindestens 30 Prozent – an einigen lag er hingegen bei bis zu 80 und mehr Prozent. Dies zeigt sich auch in Kantonen, in denen insgesamt nur wenige ausländische Kinder leben: Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler konzentrieren sich auch dort häufig auf bestimmte Schulen. Die Zahlen stammen aus dem Bildungsbericht 2023 des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation.

Zur Frage, ob die Leistungen der ganzen Klasse darunter leiden, wenn zu viele fremdsprachige Kinder in den Klassen sind, gibt es verschiedene Studien – die zu unterschiedlichen Schlüssen kommen. Eine Studie des Zentrums für Demokratie Aarau von 2021 bilanziert, dass eine geringe Durchmischung keine negativen Auswirkungen habe, dass aber ab einem Anteil von 30 bis 40 Prozent ein Leistungsabfall festzustellen sei. Eine Doktorarbeit der Universität Bern aus dem Jahr 2011 beschreibt allerdings, dass der Ausländeranteil keine Rolle bei den Schulleistungen spielt – Kinder in Schulen mit hohem Ausländeranteil lernen genauso gut.

Reto Geissmann ist Schulleiter in der Schule Neuenhof im Kanton Aargau. Eine Schule mit Klassen, in denen bis zu zwei Drittel fremdsprachige Kinder in die Schule eintreten. Er bilanziert aus der Praxis: Entscheidend für den Lernerfolg sei nicht, wie viele Kinder Migrationshintergrund hätten, sondern «ob die Kinder über genügend Kompetenzen in der Unterrichtssprache verfügen, um dem Lernen gut folgen zu können». Die Schule lege deshalb grossen Wert auf sprachliche Integration. Im kommenden Schuljahr wird in Neuenhof die Frühsprachförderung ausgeweitet.

— **Obligatorische Frühförderung einer Landessprache: «Ein Erfolgsmodell»**

Etwas, das die SVP in der ganzen Schweiz obligatorisch machen möchte. Der Mustervorstoss dazu verlangt obligatorische Sprachtests. Wenn Kinder



Wie soll unsere Schule sein? Die SVP will das Rad zurückdrehen.

Foto: Getty Images

# Migrantenquote, Kleinklassen, eine Fremdsprache: So bewerten Experten die SVP-Schulpläne

**Konzept unter der Lupe** Die Rechtspartei hat die Schule zum Brennpunkt erklärt. Bildungsfachleute finden viele Ideen «nicht praxistauglich» – ein Ansatz kommt aber bei allen Seiten gut an.

diese nicht bestehen, sollen sie in einer Vorbereitungs­klasse die Unterrichtssprache lernen. Gemäss Bildungsbericht 2023 sprachen im Schuljahr 2020/21 landesweit 18 Prozent der Schulkinder zu Hause eine andere Sprache als die Schulsprache.

Dieser SVP-Vorschlag punktet sowohl beim LCH als auch in den gefragten Schulen. In Basel-Stadt, wo der Anteil fremdsprachiger Kinder mit rund 50 Prozent hoch ist, wird die sprachliche Frühförderung bereits seit 2013 umgesetzt. Das geht so: Alle Eltern von Dreijährigen füllen für ihre Kinder einen Sprachtest aus. Kinder, die sprachliche Unterstützung brauchen, gehen an drei Halbtagen pro Woche in eine deutschsprachige Spielgruppe. Jean-Michel Héritier von der Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel, spricht von einem Erfolgsmodell: «Viele Kinder machen grosse Fortschritte.» Es sei natürlich nicht bei allen gleich – aber man könne sagen, «dass sich die Sprachkompetenz im Vergleich zu vor 2013 markant verbessert hat».

Allerdings kostet das die Kantone etwas – in Basel rund 2,7 Millionen Franken jährlich. Die Kosten für die sprachliche Frühförderung müssen die Kantone oder Gemeinden tragen, sie dürfen sie nicht auf die Eltern abwälzen. Zu diesem Schluss kommt ein Urteil des Bundesgerichts aus dem Jahr 2023. Dies nachdem der Kanton Thurgau eine obligatorische Sprachförderung mit Kostenbeteiligung der Eltern hat einführen wollen. Das Bundesgericht stufte die Förderung als Teil der obligatorischen Volksschule ein.

— **Sonderschüler wieder separieren: «Die Ressourcen fehlen»**  
«Die integrative Schule ist gescheitert», sagte der ehemalige FDP-Präsident Thierry Burkart schon im Sommer 2024 im Interview. In ihrem Bildungspapier doppelt die SVP nun nach: Der integrative Unterricht müsse abgeschafft werden. Die Partei schlägt in ihrem Papier beispielsweise eine Separierung in Kleinklassen für Lernschwache, Förderklas-

sen für Hochbegabte, Verhaltensklassen für Undisziplinierte und Sprachklassen für Fremdsprachige vor – je nach Bedarf. Bei der Frage, welche Vor- und Nachteile Inklusion hat, spalten sich die Lager gewaltig. Und niemand scheint so recht zu wissen, wie die Verhältnisse stehen. Deshalb hat der LCH eine Befragung bei seinen Mitgliedern gestartet, die zeigen soll, wie die Lehrpersonen zur Inklusionsfrage stehen. Die Ergebnisse werden im Sommer erwartet.

Philipp Loretz, Präsident des Lehrervereins Baselland (LVB), hat seine kantonale Basis bereits einmal zur Inklusion befragt: «Die Auswertung zeigt, dass 82 Prozent der befragten Primarlehrpersonen stark verhaltensauffällige Kinder als erhebliche Belastung empfinden», sagt Loretz. Er könne daher die Forderung der SVP nach mehr Separation nachvollziehen.

Baselland habe die Kleinklassen gar nie abgeschafft, «weil die Kinder in diesem geschützten Umfeld mit verlässlichen Bezugspersonen besser zurechtkommen als in der Regelklasse». Dort seien sie oft überfordert, da eine fachkundige Förderung nur bedingt möglich sei, sagt Loretz.

Jean-Michel Héritier sieht das anders: «Wir müssen alle Teile der Bevölkerung mitnehmen, die Gesellschaft von morgen muss zusammenhalten, und diesen Zusammenhalt müssen wir in der Schule fördern», sagt der Kollege aus Basel-Stadt. Allerdings gelte es dabei die Grenzen der Machbarkeit zu respektieren. Um zu verhindern, dass die Situation mit verhaltensauffälligen Kindern in den Schulen eskaliert, setzt Basel-Stadt auf zeitlich begrenzte Förderklassen. «Das Rad bloss zurückzudrehen, wäre kurzsichtig und würde nur die Probleme des früheren Systems wieder hochspülen», sagt Héritier.

Auch im Bildungsbericht 2023 finden sowohl Befürworter als auch Gegner der Inklusion Argumente. Manche Studien belegen, dass sich die Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der Regelklasse wohler fühlen und bessere Resultate

erzielen. Andere Studien kommen zum Schluss, dass die schulischen Leistungen der Mitschüler abnehmen können. Worin sich aber alle einig sind: Es fehlen Ressourcen. Es gibt zu wenige Heilpädagoginnen und Heilpädagogen – sowohl für die integrative Schule wie für Kleinklassen.

— **Eine Fremdsprache reicht: «Machbar, aber sehr kompliziert»**  
Auch die Frage, wie viele Fremdsprachen in die Primarschule gehören – und welche –, wird kontrovers diskutiert. Die SVP fordert, dass eine Fremdsprache genügt. Welche das ist, sollen die Kantone selbst entscheiden. Besonders in der Deutschschweiz haben entsprechende Vorstösse in kantonalen Parlamenten Zustimmung gefunden, allen voran der Kanton Zürich. Dieser kündigte im Herbst an, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe verlegen zu wollen.

Doch selbst wenn sich kantonale Parlamente für nur eine Fremdsprache aussprechen, ist eine Umstellung alles andere als einfach. Zwar liegt die Bildungshoheit bei den Kantonen, die Bundesverfassung verlangt jedoch eine Harmonisierung der Lehrpläne. 15 Kantone haben sich dem Harmos-Konkordat angeschlossen. Will ein Harmos-Kanton nur noch eine Fremdsprache unterrichten, müsste er aus dem Konkordat austreten – das dauert mindestens drei Jahre. «Anschliessend müsste der Kanton seinen Lehrplan anpassen, seine Lehrpersonen je nach Bedarf neu ausbilden und neue Lehrmittel beschaffen. Auch das braucht Zeit», sagt Christian Gloor, Mediensprecher des Lehrplans 21. «Der Ausstieg an sich ist nicht schwierig, man muss nur kündigen. Kompliziert ist das, was nach dem Austritt kommt.»

Nicht-Harmos-Kantone unterstehen zwar nicht dem Konkordat, sind dennoch einer Harmonisierung der Lehrziele verpflichtet, weil diese in der Verfassung verankert ist. Das bedeutet auch: Der Bund kann eingreifen, wenn



Jean-Michel Héritier, Freiwillige Schulsynode Basel.

Foto: Pino Covino



Philipp Loretz, Präsident des Baselbieter Lehrervereins.

Foto: Kostas Maros



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider.

Foto: Dres Hubacher

Kantone ausscheren. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider kündigte bereits an, notfalls den Unterricht in einer Landessprache zu verordnen.

Auch die Erziehungsdirektorenkonferenz befasst sich mit den Fremdsprachen – sie könnte Anpassungen vornehmen. «Es wäre rein hypothetisch etwa möglich», sagt Christian Gloor, «dass die EDK die Bildungsziele nach unten anpasst.» Denkbar wäre dann, dass Schülerinnen und Schüler den Wissensstand in den Fremdsprachen erst am Ende der obligatorischen Schulzeit erreichen müssten. Dann könnte die zweite Fremdsprache erst ab der siebten Klasse eingeführt werden – dafür mit mehr Lektionen.

Gloors Fazit: «Eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe ist grundsätzlich machbar, ein Eingreifen des Bundes vorbehalten. Eine Änderung wäre jedoch nicht einfach umzusetzen und hätte finanzielle Folgen.»

— **Der volle Lehrplan: «Es ist eine politische Frage»**  
Die SVP sagt, der Lehrplan 21 müsse deutlich verschlankt werden. Er solle sich auf die Kernfächer Lesen, Schreiben und Rechnen beschränken. Christian Gloor sagt: Anpassungen am Lehrplan seien grundsätzlich möglich. «Es ist eine politische Frage, wie viel Gewicht einzelne Fächer im Lehrplan haben.» Die Kantone können bis zu einem gewissen Punkt selbst entscheiden, was sie umsetzen. So habe der Kanton Zug beispielsweise beim Fachbereich Musik Abstriche gemacht.

Gloor weist jedoch auf die Folgen hin: «Wenn viele Kantone in mehreren Fachbereichen kürzen würden, wäre der Auftrag zur Harmonisierung der Lehrpläne nicht mehr erfüllt.» Sein Fazit auch hier: möglich – aber mit klaren Grenzen.

Grenzen, welche die SVP mit ihren Vorstössen nun ausloten könnte. Die Partei will die Vorstösse den Kantonen einreichen – und damit über den Brennpunkt Schule auf kantonaler Ebene weiterdebattieren.